

„Europa wartet nicht auf die Regierungsbildung in Deutschland. Wir müssen handlungsfähig sein. Natürlich stehen wir vielen Forderungen der SPD nach wie vor ablehnend gegenüber.“

Unionsfraktionschef Volker Kauder

# Bündnis mit Merkel: Landes-SPD skeptisch

Interview Parteichef Roger Lewentz will die Basis einbinden

■ **Rheinland-Pfalz/Berlin.** Im Poker um eine Große Koalition sieht der SPD-Landesvorsitzende Roger Lewentz große Risiken für seine Partei. „In Rheinland-Pfalz ist die Mehrheit derzeit ziemlich deutlich dagegen“, sagte er im Interview mit unserer Zeitung.

**Viele Deutsche erwarten jetzt eine Große Koalition. Wie ist die Stimmung der SPD im Land?**

Es ist unübersehbar, dass im Landesvorstand und in den Kreisverbänden die Stimmung gegenüber einer Großen Koalition im Bund zum jetzigen Zeitpunkt sehr skeptisch bis ablehnend ist. Ich würde mal sagen: Die Mehrheit ist derzeit ziemlich deutlich dagegen. Diese Stimmungslage aus einem der mitgliederstarken SPD-Landesverbände werde ich am Freitag beim Parteikonvent deutlich schildern. Es gibt keinen Automatismus, bei diesem Wahlergebnis sofort nur an die Große Koalition zu denken. CDU-Chefin Angela Merkel hat den Wählerauftrag, eine Regierung zu bilden. Sie kann ja auch mit den Grünen koalieren, meinetwegen auch mit den Linken.

**2009 endete die Große Koalition für die SPD mit Wählerabstrafung. Hat sie heute nicht ein größeres Druckmittel? Wäre heute nicht viel eher Rot-Rot-Grün denkbarer als noch 2005?**

2005 war der Abstand zwischen den Wahlergebnissen der SPD und der CDU sehr viel geringer als jetzt. Union und SPD standen sich gefühlt auf Augenhöhe gegenüber. Verhandlungen mit einer CDU/CSU, die nur knapp an der absoluten Mehrheit vorbeigeschrammt ist, wären sicherlich sehr schwierig.

**Wollen Sie die Tür schnell zuschlagen?**

Nein. Selbstverständlich wird sich die SPD Gesprächen nicht verweigern. Aber wir müssen auch unsere eigene Lage ehrlich analysieren.

**Was würde eine „Große“ für den Bundesrat bedeuten?**

Die starke Position der rot-grün geführten Länder würde sich sofort neutralisieren. Derzeit hat

Rot-Grün in der Länderkammer eine Mehrheit. Mit einer Großen Koalition wären alle Landesregierungen mit SPD-Beteiligung außerhalb der Großen Koalition in die Enthaltung getrieben. Das ist aus Ländersicht natürlich nicht wünschenswert. Auch deshalb ist die Skepsis in der SPD sehr, sehr ausgeprägt.

**An der Basis rumort es. Wird sie eingebunden?**

Das ist genau meine Forderung: Die Basis muss sehr viel stärker als 2005 eingebunden werden. Ich werde den Parteirat am Montag bei einer Sitzung in Boppard umfassend über den Konvent informieren. So muss es auch bei den nächsten Schritten sein: Information und Transparenz. Die Basis darf nicht den Eindruck haben, da wird alles in Berlin entschieden. Sie muss stärkeren Einfluss haben. Ich denke auch, dass es nicht bei dem einen Konvent am Freitag bleiben wird.

**Sind Sie für Mitgliederbefragung? Der Ruf wird auch laut.**

Das Instrument der Mitgliederbefragung ist zeitlich sehr trä-

ge. Aber wir wollen herausfinden, wie die Mehrheit unserer Mitglieder über die Koalitionsfrage denkt, dafür haben wir auch unsere kleinen Parteitage.

**Möglicherweise ist es für Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück die letzte Legislatur. Sehen Sie Handlungsbedarf?**

Beide – Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück – sind uns wichtige Führungspersönlichkeiten, mit denen wir sehr gern zusammenarbeiten, das ist doch klar. Darüber hinaus habe ich im Bundesvorstand die Erwartung formuliert, dass bei den Wahlen in der Bundestagsfraktion und zum Bundesvorstand unserer Partei sichtbar werden muss, dass eine zweite Führungsebene mit frischem Personal für 2017 und darüber hinaus bereitsteht.

**Wegen verhärteter Fronten ist die Regierungsbildung schwierig – und dies in der Euro-Krise. Fürchten Sie bei langem Stillstand nicht wachsende Parteienverdrossenheit?**

Also, die Wahlbeteiligung ist ja gestiegen. Das zeigt, dass die Menschen wieder stärker an Politik interessiert sind als noch vor vier Jahren. Unsere Wähler jedenfalls hätten kein Verständnis dafür, wenn wir Knall auf Fall ins Koalitionsbett mit der Union steigen. Damit würden wir uns schlimmstenfalls dem Vorwurf aussetzen, dass es der SPD doch nur um Posten geht. Außerdem gibt es doch eine Alternative zu Koalitionen: eine Minderheitsregierung der Union, bei der sich die Kanzlerin für ihre Politik dann Mehrheiten im Bundestag suchen muss. Angela Merkel ist das ja nicht fremd. Sie hat doch schon während der schwarz-gelben Koalition für Europa- und Euro-Fragen die SPD gebraucht, weil die eigenen Truppen nicht ausreichend zu ihrer Kanzlerin gestanden haben. In diesen wichtigen Fragen hat die SPD in der vergangenen Legislaturperiode staatspolitische Verantwortung übernommen.

Das Interview führte  
**Ursula Samary**



„Der Ball liegt im Feld der Kanzlerin. Sie kann auch mit den Grünen koalieren.“

Der rheinland-pfälzische SPD-Vorsitzende Roger Lewentz

**Der Parteikonvent**

Dem Parteikonvent gehören 200 stimmberechtigte Mitglieder (Delegierte) der Bezirke sowie beratende Mitglieder an. Aus Rheinland-Pfalz fahren 16 Delegierte zu diesem kleinen Parteitag am Freitag nach Berlin.

## Nahles hat noch alle Chancen

Posten SPD-Generalsekretärin wird bisher nicht offen für Ergebnis kritisiert

Von unserer Berliner Korrespondentin Rena Lehmann

■ **Berlin/Rheinland-Pfalz.** SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles ist schon ein Phänomen. Wie die 43-jährige Eifelanerin es geschafft hat, vier Jahre lang mit dem launischen Parteichef Sigmar Gabriel relativ geräuschlos zusammenzuarbeiten, erstaunt viele Genossen. Jetzt hat sie als Wahlkampfchefin das zweit-schlechteste Ergebnis der Sozialdemokraten bei einer Bundestagswahl eingefahren – und könnte im Fall einer Großen Koalition trotzdem noch Ministerin werden.

Vieles in diesem Wahlkampf hat sie sich ausgedacht. Dass Peer Steinbrück sich in seinen „Klartext-Veranstaltungen“ dem Bürger stellte, war eine der zahlreichen Anregungen, die sich Nahles bei einem Ausflug in den US-Wahlkampf im vergangenen Herbst holte. Bei mehr als vier Millionen Haushalten haben die SPD-Wahlkämpfer geklingelt und um Stimmen ge-

worben. Auch das eine Nahles-Idee: raus aus den großen Hallen, nah ran an die frühere Klientel, die bei der vorherigen Wahl zu Hause geblieben war. Am Ende holten die Sozialdemokraten nur knapp 3 Prozentpunkte mehr als 2009. Ihr Konzept ging nicht auf. Doch während in anderen Parteien Köpfe rollen, schließt die SPD vorerst die Reihen. Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier spricht in der ersten Sitzung der Abgeordneten nach dem Wahltag von einem „ungerechten Wahlkampf“. „Gegen die Merkel-Walze konnten wir nicht ankommen“, sagt Gustav Herzog, der einzige rheinland-pfälzische SPD-Abgeordnete, der das Direktmandat gewinnen konnte. Auch andere rechnen Nahles hoch an, dass sie „den Laden zusammengehalten hat“. „Das war sehr, sehr schwer“, meint die SPD-Abgeordnete Sabine Bätzing-Lichtenthäler (Altenkirchen). Für den Fall einer Regierungsbeteiligung der SPD galt Andrea Nahles immer als

gesetzt für ein Ministerium Arbeit oder Gesundheit. Doch ob der linke Parteiflügel, zu dem auch Nahles zählt, ein solches Bündnis noch einmal wagen wird, ist derzeit mehr als unklar. Nahles selbst sagte vor der Fraktionssitzung: „Wir sind noch lange nicht bei einer Großen Koalition.“ Dabei wäre ein solches Bündnis für sie persönlich nicht das Schlechteste.

Nahles ist in der Partei bestens verdrahtet. Für einen Kabinettsposten in einer künftigen Regierung für sie spricht, dass es in der SPD-Führung nicht gerade wimmelt vor ministrablen Frauen. Eng könnte es für Nahles erst werden, wenn die SPD in der Opposition bleibt. Dann würde bei einem nächsten Parteitag auch die Führung infrage stehen. Es würden doch noch einmal Schuldige gesucht für den bescheidenen Wahlausgang. Sigmar Gabriel wäre zuzutrauen, dass er Nahles opfert, um selbst im Amt bleiben zu können. Die Generalsekretärin hätte schlechte Karten.

„Natürlich hat hier niemand eine Neigung, mit Frau Merkel zusammen zu regieren. Es geht darum, dass eine selbstbewusste SPD sich nicht nach anderen Parteien richtet, sondern nach sich selbst.“

SPD-Präsidiumsmitglied Ralf Stegner